

News



Ein Nein ohne Gegenvorschlag

Der Bundesrat lehnt die Volksinitiative zum «Schutz vor Waffengewalt» ab. Die Landesregierung will auch auf einen indirekten oder direkten Gegenvorschlag verzichten. Das Justizministerium soll nun bis im Herbst eine Botschaft zuhanden des Parlaments ausarbeiten.

An der letzten Sitzung vor der Sommerpause hat der Bundesrat auch seine Position zur Volksinitiative «für den Schutz vor Waffengewalt» festgelegt, ohne offiziell darüber zu informieren. Die Regierung empfiehlt die Initiative zur Ablehnung, wie Guido Balmer, Sprecher des Justiz- und Polizeidepartements, auf Anfrage erklärte. Der Bundesrat will auch auf einen direkten oder indirekten Gegenvorschlag verzichten.

Das Departement von Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf hat nun den Auftrag, bis im Herbst die Botschaft ans Parlament zu entwerfen, in der die Ablehnung begründet wird. Die Initiative war Ende Februar eingereicht worden. Sie verlangt einen Bedarfsnachweis für den Waffenerwerb, die Aufbewahrung von Armeewaffen im Zeughaus und ein zentrales Waffenregister. Für Schützen, Jäger und Sammler sind Ausnahmen vorgesehen. Getragen wird die Initiative insbesondere von SP, Grünen, EVP, Ärzten, Polizeiverbänden und kirchlichen Organisationen. Das Parlament hatte zuvor Vorstösse gegen die Heimabgabe von Armeewaffen verworfen; abgeschafft wurde indes die Heimabgabe der Taschenmunition. Punktuelle Verschärfungen des Waffenrechts gab es zudem mit dem Beitritt der Schweiz zum Schengen-Raum.

04.07.2009